

Fröhlich, Stefan: Das Ende der Selbstfesselung. Deutsche Außenpolitik in einer Welt ohne Führung. Wiesbaden: Springer-Verlag 2019, 166 Seiten, € 20,44.



Mit dem Ende der deutschen Teilung begann eine mittlerweile mehrmals auf-, dann wieder abflauende Debatte um eine angemessene Außenpolitik und internationale Rolle des vereinten Deutschlands. Dass die Diskussion sich in erster Linie um Deutschlands Macht dreht und damit um die umstrittene Frage einer deutschen Hegemonieposition in Europa, lässt sich an den Titeln einschlägiger Studien ablesen. Während der Bundesrepublik im Zeitalter der deutschen Teilung lediglich „Fragmente der Macht“ (Wolfram Hanrieder) zugeordnet wurden, werden dem vereinten Deutschland umfassendere Potenziale attestiert und gleichzeitig Feststellungen bzw. Erwartungen bezüglich Berlins Rollenverhalten vermittelt: „Vormacht wider Willen“ (Stephan Bierling), „Gestaltungsmacht“ (Wilfried von Bredow), „Europas unverzichtbarer Hegemon“ (Simon Bulmer), „Großmacht“ (Eric Gujer), „Mitführungsmacht“ (Helga Haftendorn, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet), „Zivilmacht“ (Sebastian Harnisch), „Tamed Power“ (Peter J. Katzenstein), „Uncertain Power“ (Hanns W. Maull), „Reluctant Hegemon“ (William E. Paterson), „Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle“ (Eberhard Sandschneider), „Gegenmacht Europas“ (Gregor Schöllgen),

„Hegemon wider Willen“ (Christoph Schönberger), „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) oder „Ratloser Hegemon“ (Constanze Stelzenmüller), um nur einige prägnante Charakterisierungen zu erwähnen.

Der an der Universität Erlangen-Nürnberg wirkende Politikwissenschaftler Stefan Fröhlich hat diese Diskussion um Deutschlands Außenpolitik nun um einen streitbaren politischen Essay bereichert, der für eine Neubewertung der deutschen Rolle in Europa und der Welt plädiert. Deutschlands Außenpolitik, so die zentrale These Fröhlichs, der durch zahlreiche einschlägige Studien europäischer, insbesondere deutscher Außenpolitik und transatlantischer Beziehungen hervorragend ausgewiesen ist, sei besser als ihr Ruf. Die Bundesrepublik habe seit ihrem „unfreiwilligen Aufstieg zur zentralen Macht Europas“ in den vergangenen Jahren ohnehin bereits mit zahlreichen Tabus gebrochen und eine Führungsrolle in Europa eingenommen. Auch deshalb klängen die Vorwürfe derjenigen, die einerseits „lautstark fordern, dass das Land mehr Mut aufbringen und für seine eigene Sicherheit Verantwortung übernehmen müsse“, andererseits „im gleichen Atemzug vor deutschem Interventionismus warnen“ und damit Führung und globale Verantwortung paradoxerweise selbst in Frage stellen, „geradezu zynisch“.

Fröhlichs, im Titel „Das Ende der Selbstfesselung“ seines Essays ausgedrückte Argumentation im Sinne einer gereiften deutschen Außenpolitik, knüpft an Helga Haftendorns im Jahre 2001 erschienene und später vielzitierte Studie „Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung“ an, in der die große Berliner Internationale-Politik-Gelehrte mit

scharfem analytischem Auge auf eine auch durch Deutschlands Mittellage in Europa bedingte Konstante hingewiesen hatte, die für das Spannungsfeld zwischen zurückhaltender und selbstbewusster Außenpolitik verantwortlich war: „War es [Deutschland] zu schwach, wurde es zum Spielball der Weltmächte; war es zu stark und versuchte es, seine Interessen selbstbewusst und offensiv, gar expansiv durchzusetzen, weckte es starke Gegenkräfte“ und sah sich dann „mit der vereinten Gegenmacht der anderen Mächte konfrontiert“.

Heute, so legt Fröhlichs mit feinem Strich gezeichnete Analyse dar, sei dieses Spannungsfeld zwar (noch) nicht vollständig überwunden, es hätte jedoch Deutschlands „Pragmatismus der vergangenen Jahre durchaus die passenden Antworten auf die Herausforderungen in Europa und der Welt gegeben“, wodurch die Beendigung der einstigen „Selbstfesselung“ nicht nur möglich, sondern auch notwendig und legitim sei. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen und damit Aufgaben und Prioritäten in einer „Welt ohne Führung“, in der die militärische Dimension zwar immer noch mitprägend sei, in der jedoch insbesondere wirtschaftliche und technologische Komponenten eine signifikante Rolle spielten. Sich in diesem Sinne für ein adäquates Management militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen zu rüsten, sei „die zentrale Herausforderung für die deutsche Außenpolitik“. Angesichts der Notwendigkeit, den Blick nach vorne zu richten, fordert Fröhlich, die „leidige Debatte“ über Deutschlands „eigentümliche Rolle zwischen Selbstbeschränkung und Hegemonie in Europa und der Welt“ endlich und endgültig einzustellen: „Sie ist schlichtweg überholt und wenig ziel-

führend.“ Deutschland brauche „keinen Weckruf“, um aus seiner vermeintlichen Lethargie zu erwachen; es habe bereits pragmatische Entscheidungen getroffen und die Zeichen der Zeit „längst erkannt“.

Allerdings müsse es „den letzten und entscheidenden Schritt endlich tun und dort militärische Verantwortung übernehmen“, wo das Völkerrecht dies erfordere. Damit stellt Fröhlich sich deutlich gegen diejenigen Beobachter, Analytiker und Kritiker deutscher Diplomatie, die einerseits mehr internationale Verantwortung von Berlin fordern, gleichzeitig aber Zurückhaltung bei militärischen Auslandseinsätzen postulieren, ohne präzise zu sagen, unter welchen Bedingungen Deutschland sich an „humanitären Interventionen“ beteiligen kann und soll. Wenn es um schwere Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, ethnische Säuberungen oder den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gehe, dürfe sich Deutschland seiner Verantwortung schlicht und einfach nicht entziehen. Fröhlichs diesbezüglich kompromisslose Position spiegelt die Bedingungen der weltpolitischen „Unordnung“. Sie ist stringent und „realistisch“ im besten Sinne des Wortes: Jeden Versuch, Deutschlands Außenpolitik auch in der aus den Fugen geratenen Welt ohne Ordnung und ohne Führung „in Kontinuität und Zivilmachtrolle zu denken“, geißelt er zu Recht als „genauso absurd“ wie den Verweis, dass Macht heute „anders gedacht“ werden müsse, „als dies die USA, Russland oder China täten, nämlich partnerschaftlicher und kooperativer“.

**PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER,
HANS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**